

Zu guter Letzt! Henrik Peitsch

Wendehäse wurden in der Phase der Eingliederung der DDR in die alte BRD die Mitglieder der ostdeutschen Kader- und Blockparteien genannt. Wer hätte damals gedacht, dass diese Kennzeichnung auf Kohls Ziehtochter Angela Merkel heute zutrifft? Griechenland bekommt keine finanzielle Hilfe von der EU - Griechenland bekommt doch Geld von der EU; die privaten Investoren müssen sich an der Stabilisierung beteiligen – die privaten Investoren dürfen sich beteiligen! In Deutschland gibt es keine Tsunamis und keine Erdbeben – Deutschlands Atomkraftwerke sind sicher! Und nun, am 17.6. im Bundestag sagt die promovierte Physikerin: „Ich habe für mich eine neue Bewertung vorgenommen. Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert.“

Waren es wirklich die dramatischen Ereignisse in Japan (außer der Naturkatastrophe und dem atomaren Desaster mussten die Japaner auch noch die dramatischen Auswirkungen des skandalösen Krisenmanagements und der endlosen Lügengeschichten der Regierung und des Stromkonzerns erleiden), die die Wende bewirkt haben? In Anbetracht der starken Bürgerproteste und der enormen Mandatsverluste bei den letzten Wahlen war es wohl eher ein taktischer Schachzug. Es bleibt nur zu hoffen, dass dies auch so vom Wahlvolk erkannt wird.

Was muss eigentlich in dieser Republik noch alles geschehen, damit die regierende Kaste sich rechtzeitig in die – allerdings – richtige Richtung bewegt? Eine solche Wende setzt auch die Bewegung der Bürgerinnen und Bürger voraus! In der Energiepolitik waren Massenbewegungen erfolgreich. Ob der Erfolg anhält, wird sich zeigen. In anderen Politikfeldern (u.a. Gesundheitswesen, Alterssicherung, Bildungspolitik) stehen wirkungsvolle Mobilisierungen noch aus.

In Niedersachsen ist es den Eltern zu verdanken, dass das Gründungsverbot für Gesamtschulen aufgehoben wurde. Der Protesteifer hat aber leider nachgelassen. Für das Volksbegehren fehlen immer noch viele Unterschriften. Durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist die Frist für die Abgabe der Unterschriftenlisten verlängert (voraussichtlich bis Ende Dezember 2011). Wir sollten die neu gewonnene Zeit nutzen für sehr viele weitere Unterschriften. Bitte die in dieser Ausgabe befindlichen Bögen kopieren und Unterschriften sammeln (9 Unterschriften pro Mitglied!) und die Bögen weitergeben.

Am 10. Juni wurden in Berlin erneut Gesamtschulen mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet (Lichtenberg-Gesamtschule aus Göttingen mit dem Hauptpreis und die Ganztagschule Johannes Gutenberg, Wolmirstedt mit dem zweiten Preis). Pikant sind dabei zwei Dinge: 1. Bundespräsident Wulff, der in Niedersachsen nicht nur die Landeszentrale für politische Bildung ersatzlos aufgelöst und für das Gründungsverbot von Gesamtschulen gesorgt hat, übergab die Preise. (2) Im Schulprofil des zweiten Preisträgers befindet sich folgender Satz: „**Wertvolle Elemente der Schulkultur aus der DDR-Zeit hat man sich hier bewahrt; Fürsorge für die Schüler, eine hohe Verbindlichkeit im Umgang mit gefassten Beschlüssen – und Solidarität.**“ (<http://schulpreis.bosch-stiftung.de/>) Ob der Bundespräsident dies auch gelesen hat?

Nun steht es fest. Die mit knapper Mehrheit und den Stimmen einiger Ratsvertreter der Grünen gegen den Willen der Eltern und Lehrkräfte durchgesetzte „Sonderschule für drei Religionen“ in den Räumen der Johannisschule startet mit nur 19 (!) Kindern. Nach den Sommerferien 2012 werden zwölf katholische, je ein (!) evangelisches, orthodoxes sowie jüdisches Kind und vier Muslime den Unterricht besuchen. Inwieweit hier Freude aufkommen kann (so der zuständige Leiter der Schulabteilung), bleibt ein Rätsel. Zeigt sich doch, dass sich hier allein der Eigennutz der katholischen Kirche durchgesetzt hat, auch gegen die Interessen und berechtigten Anliegen der Stadt und anderer Schulen. So entsprechen z. B. die Räumlichkeiten der Stüveschule nach einem Gutachten zur Arbeitssicherheit nicht den Anforderungen der einschlägigen Rechtsverordnungen. Mit anderen Worten, jeder Gewerbebetrieb müsste in diesem Fall seine Pforten schließen. Aber Kindern und Lehrkräften mutet man dies weiterhin zu. Die Verlegung der Kreuzschule in die Johannisschule wäre eine Lösung gewesen.

Mit der Einführung der Oberschule (Die gab es auch schon in der DDR!) versucht die Landesregierung einen Keil in die Befürworter der Gesamtschule zu treiben. In einigen Kommunen im Landkreis gibt es bereits Bestrebungen zur Einrichtung dieser Schulform (Hier macht sich auch der Rückgang der Schülerzahlen stärker bemerkbar und die Erhaltung der Standorte für einzelne Hauptschulen ist eher gefährdet.) Für Osnabrück sollte aber alles daran gesetzt werden, diese Schulform nicht einzuführen. Die Elternbefragungen zur Gesamtschule haben deutlich gezeigt, dass auch Bedarf für eine dritte Gesamtschule besteht.



<http://www.bildungsserver.de/>

Aktuelles und Wissenswertes rund um die Bildung, u.a. ein Interview mit dem Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen Bernd Hüpppe: „Die inklusive Schule kommt allen Schülerinnen und Schülern zugute“

Deutscher Bildungsserver DBS – Der Newsletter ist Pflichtlektüre!